

Die Wahlprogramme im Wortlaut: Einige relevante Passagen zu Finanzmärkten, Banken, Steuern, Investitionen etc.

BIER

„Wir wollen mehr Beteiligung für die Menschen in diesem Land. Aber nicht nur in Form von simplen Ja/Nein-Abstimmungen. Wir heben unsere Stammtische auf das nächste Level und setzen **Menschenräte** ein, in denen Bürger:innen mit Expert:innen gemeinsam neue Ideen erarbeiten. Wir wollen neue Lösungen für die Probleme der Gegenwart und für Österreichs Zukunft, die nicht parteipolitisch oder ideologisch eingefärbt sind. Daher setzen wir auf Menschenräte vor allem für Fragen von hohem öffentlichem Interesse und Themen, an die sich die Parteien seit Jahren nicht trauen. (...) Wir verpflichten uns, Ergebnisse der jeweiligen Menschenräte in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.“

FPÖ

„In einer demokratischen Gesellschaft müssen die Bürger gemeinsam zu wichtigen Themen Entscheidungen treffen. Dazu müssen endlich die Instrumente der **direkten Demokratie** ausgebaut werden.“

„Die heimischen **Banken** müssen im Sinne der Fairness endlich zur Kasse gebeten werden. **Maßnahmen für Kreditnehmer** wie Einführung eines Zinsdeckels, Senkung der Kreditkosten, Laufzeitverlängerungen und Stundungen statt voreiliger Fälligestellung von Krediten, sofortige **Weitergabe von Zinssenkungen** sind angesichts der aktuellen Situation Gebot der Stunde. Schließlich haben die Bürger vor einigen Jahren den Banken mit ihrem Steuergeld die Existenz gerettet.“

„Wir sagen deutlich Nein zu jeder Form von gemeinsamer Schuldenaufnahme, wie sie etwa durch den Corona-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ erfolgt. Auch die **Kapitalmarktunion**, die eine Gleichschaltung von Insolvenz-, Banken- und Unternehmenssteuerrecht samt Aufsicht bedeuten würde, lehnen wir ab.“

DIE GRÜNEN

„Und wie jede Finanz- und Bankenkrise verlässlich zeigt: Auch die **Finanzmärkte** brauchen grundlegende Änderungen, wie verbindliche **Regulierung, radikale Transparenz und Anreize für ökosoziale Investitionen**, um die Klimakrise zu bewältigen.“

„Der Faktor Arbeit ist einfach generell zu stark besteuert. Gleichzeitig zahlen Millionenerb:innen keine Steuern auf Einkommen, für das sie nichts tun müssen. (...) Wir fordern daher, dass die Steuerlast auf Arbeit weiter gesenkt wird. Gleichzeitig soll etwa eine **Steuer auf Millionenerbschaften** derart genutzt werden, dass denjenigen, die viel leisten, aber wenig verdienen – etwa Pfleger:innen oder Elementarpädagog:innen – mehr im Börsel bleibt.“

„Wir kämpfen dafür, dass sich Österreich auf europäischer Ebene für eine umfassende **Finanztransaktionssteuer** einsetzt, die nicht nur Aktien und Anleihen, sondern auch Derivate umfasst.“

WAHLCHECK NATIONALRATSWAHL 2024

Verlässliche **Kreditvergaberichtlinien für Gewerbeimmobilien** sind dringend nötig – das zeigt die Implosion der SIGMA und das fahrlässige Verhalten österreichischer Banken in dieser Causa. (...) Wir kämpfen daher für verbindliche Vorgaben bezüglich Beleihungsquote, Rückführbarkeit und akzeptabler Sicherheiten im Gewerbeimmobiliensektor.“

„Seit dem Anstieg der Leitzinsen im Jahr 2022 ist die **Zinsspanne** so hoch wie nie. Banken profitieren vom EZB-Einlagezins, doch Sparer:innen gehen fast leer aus. Höhere Sollzinsen hingegen geben **Banken** sofort an Kreditnehmer:innen weiter. Wir fordern daher klare Regeln, damit sie alle EZB-Zinsen fair weitergeben und alle Sparer:innen davon profitieren.“

„Ersparnisse für die Zukunft gehören in klimafreundliche Maßnahmen investiert statt in fossile Brennstoffe. Wir engagieren uns dafür, dass Pensionsversicherungen und Vorsorgeprodukte schrittweise aus der Finanzierung von Kohle, Öl und Gas aussteigen. Denn unsere finanzielle Vorsorge darf nicht die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zerstören. Unser Ziel ist es, dass transparente Offenlegung und **verpflichtende Transformationspläne zur Klimaneutralität** die **Finanzwirtschaft** zur Rechenschaft ziehen.“

„Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen komplettieren die repräsentative Demokratie und ermöglichen **direkte Bürger:innenbeteiligung**. Besonders auf Gemeindeebene wünschen sich Bürger:innen mehr Mitbestimmung.“

KPÖ

„Als KPÖ setzen wir uns für die **Erhöhung der Körperschaftssteuer auf Konzerngewinne** und die konsequente Besteuerung von Unternehmensgewinnen in Österreich ein. Eine progressive Unternehmensbesteuerung bedeutet, dass Unternehmen mit höheren Gewinnen einen höheren Steuersatz zahlen würden. Springt der Staat in der Privatwirtschaft mit Subventionen ein, müssen diese in Unternehmensanteile umgewandelt werden, sodass damit mehr öffentliches Mitspracherecht und Vergemeinschaftung einhergehen. Zudem setzen wir uns für Maßnahmen ein, die die **Übergewinne** der Krisengewinner abschöpfen. Insbesondere von den Banken, deren Profite aufgrund der Zinswende explodieren, wollen wir uns das Geld zurückholen.“

„Als KPÖ setzen wir uns für die Einführung einer **progressiven Millionärssteuer** für Vermögen ab 1 Million Euro und die **Wiedereinführung der Erbschaftssteuer** ab 1 Million Euro ein. Ebenso braucht es höhere Steuersätze auf absurd hohe **Einkommen** ab 250.000 Euro pro Jahr. Diese Steuern treffen den Überreichtum und Erbschaften der Mateschitz' und Swarovskis. Luxusimmobilien und große Erbschaften werden höher besteuert, um Einnahmen für die Finanzierung des Sozialstaats zu generieren und Ungleichheiten zu mindern. Zusätzlich kämpfen wir als KPÖ für die Senkung der Lohnsteuer für niedrige Einkommen und die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur besseren Finanzierung des Sozialstaats durch die Unternehmen.“

Liste Madeleine Petrovic

„Grundsätzlich braucht es Budgetdisziplin. Bei Staatsschulden muss man differenzieren. Sind es Investitionen, die sich zukünftig rentieren, ist eine höhere Schuldenlast zulässig und oft sinnvoll. Für nicht-nachhaltige Ausgaben bzw. Konsumausgaben gilt das nicht. Österreich hat ein Ausgabenproblem, und kein Einnahmenproblem. Das Geld wird oft an den falschen Stellen ausgegeben. Aber das Thema ist komplex. Hier müsste man die **gesamte Schuldgeld-Thematik**, die **Art der Geldschöpfung** und die **Rolle der Zentralbanken** diskutieren. Es gibt unterschiedliche Strategien, die jeweils Vor- und Nachteile haben.“

WAHLCHECK NATIONALRATSWAHL 2024

„**Bargeld** bedeutet Unabhängigkeit und Privatsphäre und ist unbedingt zu erhalten. Problematisch ist aber, dass unser Geldsystem aktuell nicht an reale Werte oder zumindest Kennzahlen gekoppelt ist. **Elektronisches Geld** ist nicht anonym. Es sollte aber auch anonyme Formen des elektronischen Geldes geben. Dafür wären CBDCs beispielsweise sinnvoll – jedoch nur, wenn die Anonymität technisch gesichert und unveränderbar wäre. Blockchain-Technologien können hier helfen. Die derzeitigen Pläne hinsichtlich CBDCs der europäischen Zentralbank gehen jedoch in die gegenteilige Richtung – daher lehnen wir diese ab.“

NEOS

„Wir möchten, dass möglichst viele Menschen von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung und den Gewinnen der Unternehmen profitieren. Eine **Kapitalmarkt-Reform** fördert die Anlage- und Beteiligungskultur in Österreich. Anleger:innen werden entlastet und erhalten neue Perspektiven im Vermögensaufbau. Gleichzeitig wird es für Unternehmer:innen einfacher, am heimischen Kapitalmarkt Eigenmittel für ihr Wachstum aufzunehmen.“

„Unsere Reformen für ein **kapitalmarktfreundliches Österreich**: Spekulationsfrist von maximal einem Jahr wieder einführen und damit für langfristige Investor:innen die KEST auf Kursgewinne abschaffen; Einstieg in die Aktienpension – eine kapitalgedeckte dritte Säule für alle Erwerbstätigen einführen, bis zu 3.000 Euro pro Jahr sollen steuerbefreit auf einem Chancendepot veranlagt werden können; (...) Zusätzliche Finanzierungsoptionen für Unternehmen schaffen – neuen Rechtsrahmen für Risikokapitalgesellschaften nach internationalen Standards schaffen.“

„**Mit Steuern steuern** – CO₂ einen vernünftigen Preis geben, Umweltverschmutzung und klimaschädliches Verhalten stärker belasten sowie Löhne und Einkommen gleichermaßen entlasten.“

„Klimafreundliche Industrie: durch die Versorgung mit klimaschonender Energie und klaren Rahmenbedingungen Planungs- und Investitionssicherheit schaffen, sowie mit reduzierten Steuern und Bürokratieabbau nachhaltige Pilotprojekte und Forschung ermöglichen. (...) Nein zur Maschinensteuer – Innovationskraft heimischer Betriebe nicht durch wirtschaftsfeindliche, populistische Steuern gefährden, stattdessen Arbeitsplätze sichern.“

„(...) eine Sanierung des (...) Budgets, ohne zusätzliche Steuern oder Schulden auf Kosten der nächsten Generation. (...) **Senkung der Steuer- und Abgabenlast** auf 40%, damit 10% mehr netto vom Bruttogehalt bleiben; 3.000 Euro Freibetrag pro Jahr für ein persönliches Pensions- und Vorsorge-Konto; Einführung einer Behaltefrist, um Wertpapier-Sparende steuerlich zu entlasten.“

„Partizipation/ Mitbestimmung: **Direkte Demokratie** fördern – mehr Mitbestimmung ab der **Gemeindeebene** ermöglichen.“

ÖVP

„(...) und lehnen neue Vermögens- und Erbschaftssteuern strikt ab.“

„ (...) die finanzielle Sicherheit im Alter. Während die Stärkung der zweiten Säule unter anderem im Rahmen der Kollektivverträge (betriebliche Vorsorge) erfolgen soll, wollen wir für Ausbau und Stärkung der dritten Säule (private Vorsorge) erreichen, dass steuerfreie Auszahlungen möglich werden.“

WAHLCHECK NATIONALRATSWAHL 2024

„Für uns steht die Beibehaltung von **Bargeld** außer Frage und wir bekennen uns zur flächendeckenden Bargeld-Versorgung in allen Gemeinden. Die Menschen müssen Wahlfreiheit bei der Bezahlung haben. Die Umsetzung des **Digitalen Euro** auf europäischer Ebene sehen wir kritisch.“

„Für mehr **Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum** müssen auch die noch bestehenden Barrieren am Binnenmarkt für Produkte und Dienstleistungen abgebaut und Regelungen harmonisiert werden. Zusätzlich braucht es beste digitale Infrastruktur und die Schaffung der europäischen **Kapitalmarktunion** zur Finanzierung von Wachstums- und Innovationsprojekten.“

SPÖ

„Die **Zinsen für Wohnbaukredite** bis 300.000 Euro dürfen maximal drei Prozent betragen, finanziert durch die Abschöpfung von zumindest einem Drittel der Übergewinne der Banken aus den Jahren 2022 und 2023.“

„**Österreich-Sparbuch** nach dem Vorbild des „Livret A“ in Frankreich: Unser Vorschlag würde Mindestzinsen von 3 Prozent bringen: Banken müssen jeder Inhaberin und jedem Inhaber eines Giro- oder Basiskontos ein gebührenfreies Sparprodukt (das auch das Girokonto selbst sein kann) zur Verfügung stellen, das für die ersten 20.000 Euro eine Mindestverzinsung in Höhe der Europäischen Zentralbank-Einlagenfazilität (das sind jene Zinsen, die Banken für Einlagen bei der EZB erhalten) abzüglich eines Abschlags von maximal 1 Prozent vorsieht. Damit wäre eine Mindestverzinsung für einen staatlich festgelegten Betrag von derzeit rund 3 Prozent sichergestellt.“

„Mit einem eigenen **Bargeldversorgungsgesetz** wollen wir derartigen Umtrieben ein Ende setzen und den Bankensektor in die Pflicht nehmen. Künftig soll es in jeder Gemeinde zumindest einen Bankomaten geben. Der Bankensektor soll zur Bargeldversorgung verpflichtet werden und auch die Kosten dafür tragen.“

„Die SPÖ will (...) die bestehenden Förderungen für Start-ups im gesamten Bereich der Klima- und Energiewende sowie der Transformation der Wirtschaft auf das deutsche Beteiligungsmodell umstellen, nach dem Vorbild des deutschen **DeepTech & Climate Fonds**. Über Fonds beteiligt sich Deutschland direkt am Eigenkapital der Unternehmen, zu den gleichen Konditionen wie private Investor*innen. Der Fonds strebt dabei immer einen Anteil von unter 25 Prozent an.“

„Unter einer SPÖ-geführten Regierung soll der Steuerbeitrag der Arbeitseinkommen spürbar sinken, jener von Millionenvermögen gleichzeitig steigen. (...) Unsere **Millionärssteuer** betrifft ausschließlich Nettovermögen, die über 1 Mio. Euro liegen. Zusätzlich zu diesem Freibetrag ist auch das selbst bewohnte Eigenheim (bis zu einer Luxusgrenze von 1,5 Mio. Euro) ausgenommen.“

„(...) Krisengewinne sind zumindest zu einem Drittel mit einer **befristeten Sonderabgabe** in den kommenden Jahren abzuschöpfen. Gleichzeitig werden wir durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen, dass in Zukunft – auch in Krisenzeiten – solche **Übergewinne** gar nicht erst entstehen.“

Wandel/ Keine von denen

„**Dem Gemeinwohl verpflichtet:** Politik und Wirtschaft sind dem Wohl, der Sicherheit der Menschen und dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet. Deshalb haben wir das BIP in den Hintergrund gedrängt und messen unseren Erfolg nun an der Gesundheit der Menschen, den wissenschaftlichen Errungenschaften, am Bildungsniveau, am wirtschaftlichen Output, an der Höhe der Lohnquote, an demokratiepolitischer Teilhabe, am sozialen Zusammenhalt, an ökologischer Stabilität, an Sicherheit

WAHLCHECK NATIONALRATSWAHL 2024

und Wohlbefinden der Bevölkerung. Alles ändert sich durch diese Neuausrichtung von Staat und Unternehmen, weil nur mehr erhalten, produziert und gefördert wird, was dem guten Leben dient.“

„(...) **Grundversorgung in gesellschaftlichen Besitz** bringen und demokratisch-transparente Kontrolle in Bereichen gewährleisten, die für das Gute Leben für Alle essentiell sind, wie Krankenhäuser, Schulen, Banken oder Pensionen.“

„(...) Reichtum rückverteilen durch Einführung einer **Reichtumsobergrenze** von 250 Millionen Euro Nettoprivatvermögen pro Haushalt realisieren bei gleichzeitiger Einführung einer Exit Tax für jene, die dann nicht mehr in Österreich leben wollen.“

„(...) Finanzmärkte zurück zur Realwirtschaft holen durch die Einführung der **Finanztransaktionssteuer** auf alle Finanzprodukte, sowie die Einführung einer Mindesthaltedauer von sechs Monaten für Aktien und einem Verbot von Leerverkäufen.“

Quellen:

<https://www.bierpartei.eu/menu/>

https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/NRW2024/PDF/Wahlprogramm_A4_Langversion_oS_web.pdf

<https://liste-petrovic.at/43-fragen-von-andrea-drescher-tkp/>

<https://gruene.at/nrwprogramm24/>

<https://www.karl-nehmer.at/das-programm>

https://www.kpoe.at/wp-content/uploads/2024/08/2024-08_A5_Wahlprogramm.pdf

https://www.neos.eu/_Resources/Persistent/2e07290a086b7a56de6086abf83a3fc1a28685fc/NEOS_REFORMEN%20FUER%20DEIN%20NEUES%20OESTERREICH.pdf

https://www.spoe.at/wp-content/uploads/2024/09/Wahlprogramm_Web.pdf

<https://www.derwandel.at/100-schritteprogramm/>

<https://www.derwandel.at/zukunftsprogramm-konkrete-utopie-konkrete-politik/>

<https://www.derwandel.at/manifest-fuer-wandel/>

Zuletzt abgerufen am 12.9.2024.